



**Stellungnahme des Ökumenischen Büros für Frieden und Gerechtigkeit zur aktuellen Situation in
Nicaragua**

München den 18.12.2018

Wir, das Ökumenische Büro für Frieden und Gerechtigkeit, sind seit den 1980er Jahren mit der nicaraguanischen Bevölkerung und (trotz einiger Kritik) auch mit der sandinistischen Revolution solidarisch verbunden.

Heute jedoch blicken wir mit Fassungslosigkeit darauf, was seit Beginn der Proteste am 18. April 2018 aus dem Land geworden ist. Wir trauern um die Opfer der Gewalt sowie um die verlorene Gelegenheit, die Konflikte in diesem Land mittels eines Dialogs friedlich beizulegen. Wir bedauern, dass unzählige Menschen im Zusammenhang mit den Protesten verhaftet wurden. Viele von ihnen werden wohl lange Jahre im Gefängnis verbringen müssen und deshalb keine Möglichkeit haben, ihr produktives Potenzial für die nicaraguanische Gesellschaft zu entwickeln.

Auch wenn wir in der Vergangenheit vor allem der Regierung die Verantwortung für diese Situation gegeben haben, wollen wir nicht verschweigen, dass auch Teile Opposition den Dialog unter Vermittlung der katholischen Kirche sabotiert haben. Auch tragen diejenigen Verantwortung, welche die Situation der in vielen Fällen friedlichen Proteste ausgenutzt haben und Zivilist*innen, Polizist*innen oder Mitglieder der Sandinistischen Nationalen Befreiungsfront bedroht, entführt, gefoltert oder ermordet haben.

Wir sind erschrocken über die Art und Weise, wie die Regierung im Augenblick versucht, jegliche Kritik im Land zu unterdrücken. Dass nun auch Organisationen wie das Menschenrechtszentrum CENIDH, mit dem wir seit vielen Jahren verbunden sind, sowie die Fundación del Rio in die Nähe des Terrorismus gerückt werden und ihnen ihre Rechtspersönlichkeit als gemeinnützige Organisation aberkannt wurde, ist für uns absolut nicht nachvollziehbar.

Bei aller Wut, Trauer und Fassungslosigkeit lehnen wir als solidarische Organisation aber auch jegliche äußere Intervention in die inneren Angelegenheiten Nicaraguas ab. In diesem Sinne halten wir die jüngst verhängten Sanktionen der Vereinigten Staaten für absolut inakzeptabel.

Angesichts der bedrückenden Lage fordern wir sämtliche Akteur*innen eindringlich dazu auf, ihre Taten der Vergangenheit kritisch zu hinterfragen und nach Möglichkeiten zu suchen, die Spirale von Gewalt, Gegengewalt und Repression zu durchbrechen.

Wir rufen die Regierung Nicaraguas dazu auf, das Recht auf Meinungs- und Pressefreiheit, friedliche Demonstrationen sowie die Menschenrechte zu respektieren sowie einen nationalen Dialog zu fördern, der alle wichtigen Sektoren der Gesellschaft mit einschließt, damit dieses Weihnachten, ohne politische Gefangene gefeiert werden kann.

Gerechtigkeit und Frieden für ganz Nicaragua !